

B 212 UND STADTUMGEHUNG**Unvorhergesehener Verkehrsbedarf?**

Zur Kontroverse um eine mögliche Stadtumgehung zur neuen Bundesstraße B 212:

Anfang des Jahres kommt ein Brief vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Hier werden die Planungen einer Westumfahrung von Delmenhorst beauftragt. Und es soll – extrem selten in Deutschland – der §6 Fernstraßenausbaugesetz angewandt werden. Mit Hilfe von §6 können auch Straßen geplant werden – an unseren gewählten Volksvertretern vorbei – die nicht dem Bedarfsplan entsprechen, „soweit dies wegen unvorhergesehenen höheren oder geringeren Verkehrsbedarfs, insbesondere aufgrund einer Änderung der Verkehrsstruktur, erforderlich ist.“ Wer möchte uns dies erklären? Niemand?

1997 wurde in einer Fachaufsichtsbeschwerde bezüglich der Planungen zu B 212 n (ROV) bemängelt, dass keine vernünftigen Verkehrsunter-

suchungen erhoben wurden, die den Anschluss der B 212 neu an die geplante Bremer A 281 mit dem Wesertunnel einbeziehen. Aufgrund dieses Mangels konnten keine belegbaren Aussagen zur zukünftigen Verkehrssituation von Delmenhorst gemacht werden.

„Neue Routen belasten Straßen.“

Sieben Jahre später, zur Antragskonferenz des erneuten ROV zur B 212 neu waren immer noch keine belastbaren Verkehrszahlen zur Region vorhanden! Dezember 2006 ist die erste Verkehrsuntersuchung beendet. Hier ist in der Zusammenfassung beschrieben, dass sich durch die – mittels B 212 neu geschaffene – Anbindung der linken Weserseite an die A 281 neue Routen zwischen dem Bremer Güterverkehrszentrum und der A 28 ergeben werden. Es

wurde also schon deutlich, dass die Verkehrsbelastung der Stedinger Landstraße in Delmenhorst und westliche Straßenzüge von Delmenhorst durch die „neuen Routen“ – oder anders gesagt – veränderten Verkehrsstrukturen mit verursacht werden!

In einem von Delmenhorst und Ganderkesee beauftragten Gutachten wird Mitte 2007 die sogenannte Entwicklungsachse (Westumfahrung von Delmenhorst) vorgeschlagen. Diese Westumfahrung verläuft im Gebiet der Gemeinde Ganderkesee und wird vom Rat der Gemeinde abgelehnt, weitere Durchgangsverkehre werden befürchtet. 2007, 2008, 2009, 2010 vergehen. Anfang 2011 wird uns der §6 beschert. Alles unvorhergesehen? Frohes neues Jahr Delmenhorst und Ganderkesee! Wer kann uns dies erklären?

Susanne Niemeck
Delmenhorst

Falsche Denkweise

Die Ansicht von Herrn Mausolf (Zitat: „Wenn wir die Möglichkeit haben, aus Bundesmitteln eine Straße zu bekommen, sollten wirdie Chance nutzen“) basiert auf einer sehr vereinfachten leider sehr verbreiteten Denkweise, die einfach falsch ist. Nicht jede neue Straße, nicht ein einfach in die Landschaft gepflanztes Gewerbegebiet bringt wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze, wie immer suggeriert wird.

Ich war selber in den 90er-

Jahren für Deutschlands größtes Bauunternehmen in den neuen Bundesländern tätig. Wir haben dort unheimlich viele neue Gewerbegebiete und Straßen gebaut. Was aus den meisten dieser Gebiete und auch Straßen geworden ist, kann sich jeder denken. Es treibt einem die Tränen in die Augen, wenn man auf gelegentlichen Reisen die Entwicklung dieser Bausünden heute sieht.

Einfach eine Straße zu bauen, weil möglich und man Geld

dafür vom Bund bekommt, ist deshalb falsch, kostet nur sinnlos Steuergelder und belastet Umwelt und Bewohner (wollen nicht viele Unternehmer und Bürger berechtigterweise eine Senkung der Steuersätze?). Straßenbau darf daher nur nach ausführlicher Prüfung dort, wo er sinn- und wirkungsvoll ist, stattfinden, nicht einfach weil man Geld vom Bund dazubekommt.

Heiko Stalling
Delmenhorst